

Deutschland und Polen, zwei Fallstudien des (Un)Politischen – am Rande der Betrachtungen eines Unpolitischen

MAREK A. CICHOCKI

In Thomas Manns Buch „Betrachtungen eines Unpolitischen“, das uns ein umfangreiches und faszinierendes Bild von der geistigen Lage in Europa jener Zeit am Anfang des 20. Jahrhunderts gibt, finden wir eine Stelle, die einem polnischen Leser im ersten Moment der Lektüre auffallen muss. Zuerst stellt Mann seine bekannte und später sehr kontroverse Stellung zur politischen Demokratie, die nach heutigem Geschmack viel zu kritisch ist, dar: „Ich bekenne mich tief überzeugt – schreibt er – dass das deutsche Volk die politische Demokratie niemals wird lieben können, aus dem einfachen Grunde, weil es die Politik selbst nicht lieben kann, und dass der vielbeschriebene *Obrigkeitsstaat*, die dem deutschen Volke angemessene, zukömmliche und von ihm im Grunde gewollte Staatsform ist und bleibt“. Gleich danach kommt eine wichtige Ergänzung des Gedankens, nämlich eine Bemerkung, die uns hier auch beschäftigen wird: „Es gibt höchst *politische* Völker – Völker die aus der politischen An- und Aufgeregtheit überhaupt nicht herauskommen, und die es dennoch, kraft eines völligen Mangels an Staats- und Machtfähigkeit, auf Erden nie zu etwas gebracht haben, noch bringen werden. Ich nenne die Polen und Iren. Andererseits ist die Geschichte ein einziger Preis der organisatorischen und staatsbildenden Kräfte des grund-unpolitischen, des deutschen Volkes“.

Diese zwei Passagen aus der Vorrede zu dem Buch werden uns bei dem Versuch begleiten zwei Fälle des (Un)Politischen, Polen und Deutschland

zu reflektieren. Man könnte die beiden zitierten Gedanken Manns leichtsinnig abtun, indem man sagt, sie seien nur der Ausdruck jenes traurigen antidemokratischen Affektes, der damals die Deutschen in den Abgrund des Nazi-Wahnsinns gestürzt hat. Die Bemerkung zu den Polen und Iren könnte man wiederum als ein Bündel von typischen Vorurteilen klassifizieren. Beide Probleme werden oft als längst überholt und beseitigt dargestellt. Diese Herabsetzung scheint mir verfehlt zu sein, da ich glaube, das Mann in seiner Stellungnahme zu dem Politischen in Deutschland und Polen tatsächlich einen wichtigen Punkt getroffen hat. Er lässt uns dadurch die beiden benachbarten, aber nicht komplementären politischen Kulturen besser verstehen. Ihre Wesensmerkmale lassen sich hier klarer feststellen, was ich im Folgenden versuchen werde zu erläutern, insbesondere hinsichtlich der Rolle der Demokratie und des Staates im politischen Diskurs in Polen und Deutschland. Mehr noch, von diesem Ausgangspunkt kann man sich deutlicher die gegenwärtige Problematik der Krise der Demokratie in Europa veranschaulichen, die unter anderem durch die Staatsverschuldung verursacht wurde. Diesen europäischen Aspekt möchte ich auch am Ende der Vorlesung thematisieren. Freilich kommen die Gedanken von Mann über die Demokratie und Obrigkeitsstaat in einem konkreten geistes-historischen Kontext vor, doch ermöglichen sie uns eine aktuelle und interessante Betrachtung unserer politischen Gegenwart.

Der Begriff Obrigkeitsstaat klingt bei Mann zuerst nicht besonders gut, da er sehr leicht Assoziationen mit einem anderem Begriff weckt, nämlich mit dem des Autoritätsstaat. Das Autoritative verwandelt sich schnell in das Autoritäre, besonders, wenn es der Demokratie entgegengestellt wird. Zu viel Gehorsam gegenüber der Obrigkeit kann auch, wie es Theodor Adorno und andere Denker der Frankfurter Schule nach dem II Weltkrieg getan haben, als Zeichen jener gefährlichen autoritären Mentalität und einer autoritären politischen Kultur identifiziert werden, die überwunden werden müssen. Dies ist aber nur eine Möglichkeit das *dictum* von Thomas Mann über den Obrigkeitsstaat und Demokratie zu verstehen, freilich nicht die Einzige. Der Obrigkeitsstaat kann, in seiner Erscheinung, in welcher er in der deutschen politischen Kultur hervortritt, auch positiv interpretiert werden, nämlich in der Form des Rechtsstaates. Rechtsstaat bedeutet den Vorrang, („die Obrigkeit“) der rechtlichen Staatsform vor dem Gesellschaftlichen und dem Politischen. Die Spannung zwischen Rechtsstaatlichkeit

und Demokratie ist somit mehr als offensichtlich. Wer dem Rechtsstaat den Vorrang gibt, der stößt auf das Problem der notwendigen Begrenzung der Demokratie und des Politischen.

Der deutsche Historiker Christian Meier, einer der bedeutendsten Forscher der antiken Quellen der Demokratie, behauptet, dass für die Deutschen die Demokratie, die demokratische Identität, und aber auch die Demokratie als Lebensform im Grunde genommen immer verdächtig waren und als ineffizient betrachtet wurden. Sie sind seines Erachtens nach Vorstellungen und Ideen, die im deutschen Bewusstsein nie tiefe Wurzeln geschlagen haben, weil sie eher mit negativen Erfahrungen aus der Geschichte assoziiert werden. Das konklusionslose, uneffektive Verhalten der deutschen Demokraten aus der Paulskirche in Frankfurt 1848 hat dazu geführt, dass sich der moderne deutsche Bürgerstaat nicht etablieren konnte. Die Demokratie blieb hier in Erinnerung als ein politischer Modus, eine politische Lebensweise der Gemeinschaft, die sich in der Praxis als unproduktiv erwiesen hat, weil sie nicht im Stande war, sich in einer dauerhaften Staatsordnung zu verfassung. Der deutsche Demos, versammelt in Frankfurt, hat sich damals als machtlos in seinen konstituierenden Fähigkeiten erwiesen. Dagegen haben sich die destruktiven Kräfte der Demokratie später, genauer genommen während der Weimarer Republik und besonders 1933 in vollem Maß aktualisiert. Diese Ereignisse aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts haben sicher dem Ruf der Demokratie wesentlich geschadet und die Demokratie noch verdächtiger gemacht. In der Auffassung von Professor Meier sind diese Ereignisse dafür verantwortlich, dass sich nach dem Krieg die Demokratie als Lebensweise der Gemeinschaft von Bürgern nicht zum Pfeiler der neuen staatlichen Ordnung in Westdeutschland etablieren konnte. Die Republik, das Recht, der bewusste und verantwortungsbewusste Bürger, die Verfassung – sie machten das Fundament der staatlichen Konstruktion der Westdeutschen aus, aber nicht die Demokratie.

In der geschichtlichen Rekonstruktion der demokratischen Kultur, die Christian Meier in seinem bekannten Buch *Die Entstehung des Politischen bei den Griechen* unternimmt, weist er darauf hin, dass die antiken Griechen die Demokratie als Lebensform des Gemeinwesen erfunden haben. Diese Form des gemeinsamen Lebens stützte sich auf die *Isionomie*, also auf die Gleichheit, welche die Grundbedingung für die Entstehung der demokratischen Identität war. Die Bürger haben sich anderen griechischen Bürgern

gegenüber als vollkommen gleich anerkannt und verstanden. Als solche agierten sie und kommunizierten als Bürgergemeinschaft. Dies kennzeichnete nach Christian Meier die demokratische Identität der Griechen, die sich prinzipiell von jeder Form der Tyrannei – aufgeklärten oder gewaltsamen – unterscheidet. In der Tyrannei gibt es Hierarchie, Obrigkeit, Befehl und Gehorsam, es gibt aber keine politische, demokratische Identität, weil die Akteure sich nicht *isonom* also nicht als Gleiche wahrnehmen und verstehen. Vor allem aber ist die Demokratie die einzige politische Lebensform, in der die Bürger als Bürger die politische Ordnung, die Verfassung der Gesamtheit in völliger Disposition in ihrer Hand haben. Sie verfügen über sie, indem sie sie Kraft eigener Entscheidungen vollkommen ändern können. Diese Eigenart der Demokratie, diese Unberechenbarkeit, diese Abänderbarkeit, dieses „politisch an- und aufgeregt“ sein wurde dann später in der Geschichte einer der in Deutschland am schärfsten kritisierten Attribute, so z. B. bei Jacob Burkhardt, Max Weber oder eben auch Thomas Mann.

Es scheint mir, dass eben dieser autonome Charakter der demokratischen Identität auf den Christian Meier zutreffend hinweist und diese Identität, die er bei den Griechen als Quelle unserer heutigen demokratischen Kultur des Westens ausmacht, darüber hinaus die Verfügbarkeit über die politische Ordnung durch die gleichen Bürger, die das Wesen des Politischen definieren, dass all dies für die deutsche politische Kultur immer problematisch gewesen ist. In Deutschland hat die staatliche Form und ihre Einheit den Vorrang. Direkte Demokratie oder Basisdemokratie, so wie sie seit den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts die deutschen Linken oder die Grünen postuliert haben, blieb dem Nachkriegsdeutschland eigentlich immer suspekt. Keine Volksabstimmung auf Bundesebene, keine Ewigkeitsklausel im Grundgesetz, die deutsche Einigung ohne den sog. *Constitutional Moment* – all das sind nur einige Beispiele.

In diesem Kontext kann man sich jetzt den kritischen Bemerkungen über die Polen und Iren zuwenden, denn erst jetzt sehen wir sie in ihrer tieferen Bedeutung und nicht nur als gemeine nationale Vorurteile. Beide Nationen repräsentieren in der Ansicht von Mann eine ganz andere als die deutschen Einstellung zu dem Politischen. In der Welt der demokratischen politischen Identität, wo jeder als Gleicher neben dem anderen wirkt und kommuniziert, hat diese Identität den absoluten Vorrang vor jeder Staatsform als Autorität. Es ist wie bei den Griechen, dass das Politische wie ein *energeia* ist,

ein unmittelbarer Ausdruck der demokratischen Identität und ihrer substanziellen Interessen, Meinungen, Erwartungen und Werte. Das Politische wirkt in diesen beiden Nationen heftig, impulsiv, plötzlich, streitsüchtig, emotionell. Man kann selbstverständlich lange darüber spekulieren, inwieweit dieses Charakteristikum in beiden Fällen das unmittelbare Ergebnis der langanhaltenden Situation der Nichtstaatlichkeit beider Nationen war. Zu mindestens für den polnischen Fall muss man doch feststellen, dass sich die Grundelemente der demokratischen Kultur der Polen viel früher im Rahmen der ersten Republik etabliert haben, somit lange vor dem Verlust ihrer staatlichen Form, in der sie mit anderen Nationen der Region zusammengelebt haben. Daher scheint es, dass das Nichtvorhandensein der eigener Staatsform in 19. Jahrhundert nicht als die Ursache qualifiziert werden kann, sondern nur als ein Faktor der die schon existierenden Eigenschaften der politischen Kultur verstärkt hat. Zu ihnen gehört die primäre Existenz der politischen demokratischen Identität, die den Vorrang über jede staatliche und rechtliche Obrigkeit hat. Nicht das Recht oder der Staat gestalten und formen die Bürger durch ihre abstrakte Verbindlichkeit. Nein, die gleichen Bürger gestalten und formen die rechtliche und staatliche Ordnung jeden Tag durch ihr praktisches Handeln und durch Ihre Partizipation. Ansonsten würden sie ihre natürliche Freiheit, Autonomie und Würde verlieren.

Natürlich ist es auch so, dass der Vorrang der demokratischen Identität vor der Obrigkeit der Staats- und Rechtsform auch viele Nachteile und Probleme mit sich bringt, denn Freiheit, Autonomie und Würde in einem verabsolutierten Maße haben auch ihren schmerzlichen Preis. Die politische Dynamik einer sich als primär verstehenden demokratischen Identität schöpft sich in sich selbst aus, sie ist ausschließlich auf sich selbst konzentriert, partikulär, selbstbefriedigend und nach innen gerichtet. Ihre innere Intensität überträgt sich kaum auf äußere Ziele und führt dazu, dass die Außenwelt grundsätzlich ignoriert wird, da man hauptsächlich mit sich selbst beschäftigt ist. Solche problematischen Auswirkungen einer solchen politischen Kultur, die sich auf den Vorrang der demokratischen Identität über jede Staats- und Rechtsform stützt, lassen sich auch heute leicht an vielen Beispielen aus der politischen Praxis der Polen erkennen: die Vorliebe zur Streitigkeit und zur kompulsiven Partizipation, *Isionomie* in der Öffentlichkeit, Verachtung gegen über die Hierarchie, Desinteresse an der Außenwelt, die Überzeugung das die ganze Staatsordnung zur Disposition

steht, was sich in der breiten Akzeptanz für Referenden als Änderungsmechanismus der staatlichen Ordnung widerspiegelt (übrigens, sowohl bei den Polen von heute wie auch bei den Iren).

Mit Recht kann man also die Staats- und Rechtsform von der demokratischen Identität unterscheiden und konstatieren dass diese beiden Phänomene in einem unentwegten Spannungsverhältnis stehen. Diese Unterscheidung markiert auch heute noch die grundsätzliche Differenz zwischen den benachbarten politischen Kulturen Polens und Deutschlands. Dadurch erscheint das am Anfang zitierte *dictum* von Thomas Mann nicht mehr so kontrovers und gewinnt deutlich an Aktualität.

Die Krise – darunter versteht man die Euro-Krise, die Staatsverschuldungskrise, die Bankenkrise – hat in erster Linie also eine ökonomische Dimension und diese stellt sich als entscheidend in allen Analysen der Situation in Europa heraus. Es ist also in der Darstellungsweise und in der Erkenntnis vor allem eine Krise der Finanzen. Aber in Wirklichkeit ist es eine viel tiefere Krise, die die Demokratie und die Rechtsordnung betrifft. Haushalte, die von den Staaten verabschiedet werden sind nicht rein fiskalische Angelegenheiten und-, Buchhaltung. Nein, diese Haushalte sind nach dem Prinzip der Demokratie – an erster Stelle der politische Ausdruck des demokratischen Willens der Bürgergemeinschaft. Haushalte sind in der Demokratie Widerspiegelung, oder genauer die sich in Summen aktualisierenden Interessen, Werte, Erwartungen, Nöten, Präferenzen, die durch eine konkrete, also historisch und kulturell bedingte demokratische Identität, produziert werden. Das macht die Haushalte grundsätzlich nicht nur zur Sache der Experten oder Lobbyisten, aber vor allem sind sie in Demokratie höchstpolitische Angelegenheit. Wie wir aber vorher schon bemerkt haben, kann sich die politische Intensität, die demokratische Identität in ihrem Streben nach dem absoluten Vorrang produziert, auch als sehr problematisch oder auch destruktiv erweisen. Da sie die objektiven Schranken und Formen vom Außen nicht anerkennen will, „aus der politischen An- und Aufregtheit überhaupt nicht herauskommt“, neigt sie leicht dazu die Erwartungen und Nachfragen unverantwortlich so hoch zu schrauben, dass sie die Haushalte schließlich in die Luft sprengen können. Genau das ist auch 2010 paradoxerweise in Griechenland passiert, wo sich historisch eben die Quelle der demokratischen Identität befindet. Und jetzt kommt die Antwort darauf. Die politisch unverantwortlichen Demokratien, die historisch und

national bedingt sind, müssen sich beugen und sich der Obrigkeit den neuen unpolitischen (also nichtdemokratischen, supranationalen) Institutions- und Rechtsformen unterordnen. Sei es die Schuldenbremse im Fiskalpakt oder eine neue Bankenunion oder auch eine Fiskalunion. Schließlich ist die EU vor allem eine Rechtsgemeinschaft wie es der erste Präsident der Europäischen Kommission Walter Hallstein schon in 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts bemerkt hat. Die rechtlichen und institutionellen Formen haben absoluten Vorrang vor der politischen Intensität und Willkür und jeder partikularen, nationalen demokratischen Identität. Denn nur auf diesem Weg kann die ganze Konstruktion der Union ihren Sinn und Zweck erfüllen. Wie Hallstein seinerzeit geschrieben hat: „Auf dem höchsten Punkt der ganzen Hierarchie, auf der die Europäische Gemeinschaft aufgebaut ist, befindet sich die Idee des Rechtsstaats, *rule of law*, also die Einschränkung der politischen Macht als Garantie“. Anders könnte die Gemeinschaft auch nicht organisiert werden. Man muss also die Idee des Rechtsstaats, des Vorrangs des Rechts als Form vom Nationalstaat auf die EU übertragen, um eine supranationale Ordnung in Europa schaffen zu können. Diese Ordnung garantiert uns Stabilität, die aus einem Ethos der Verantwortung gegenüber der Geschichte wächst und sich als krisenresistent also effizient und-, wirksam erweist. Nur dann wird die EU zu einem Großen in der Geschichte, was – wie Thomas Mann in seinem *dictum* behauptete – „ein einziger Preis der organisatorischen und staatsbildenden Kraft des grund-unpolitischen“ ist. Man muss auf diesem Weg nur das Problem der Demokratie und des mit ihr konsistenten Politischen überwinden. Und hier kommen wir auf die Schlüsselfragen, auf die bis jetzt noch keine guten Antworten gefallen sind – Sollen die Demokratien wegen ihrer eigenen Machtlosigkeit in der globalisierten Welt abdanken? Da sie durch eigene Unverantwortlichkeit und Unregierbarkeit die eigenen Staatshaushalte verwüstet haben? Sollen wir eigene demokratische Identitäten, die bis vor kurzem uns den Sinn für unser gemeinsames Bürgerleben gegeben haben, einer höheren, wohlwollenden und organisierten Obrigkeit in Brüssel opfern? Können wir überhaupt ohne Demokratie leben oder kann man sie auch auf eine höhere, supranationale Stufe verschieben, ohne faktisch die eigene demokratische Identität vollkommen zu entleeren und lächerlich zu machen? Werden die Bürger dadurch nicht etwa in ihrer politischen Substanz faktisch heimatlos, ohne den Dach des Demos über dem eigenen Kopf bleiben? Diese Fragen werden

in den kommenden Jahren oder sogar Jahrzehnten beantwortet werden müssen. Und in dieser Auseinandersetzung bleibt die Unterscheidung zwischen dem Politischen und dem Unpolitischen, also zwischen der demokratischen Identität und der Staats- und Rechtsform die Schlüsselproblematik für die Zukunft des europäischen Projektes und der europäischen Nationen. Sicher, unter dem wachsenden Druck der Krise wird sich die Versuchung verstärken, die Angelegenheiten einer größeren, alles umfassenden, supranationalen Obrigkeit in Europa unterstellen. Die Unverantwortlichkeit der Demokratie scheint sich auch in Zeiten der Krise viel deutlicher zu zeigen, und doch ist diese Versuchung nicht eine Falle, die uns alle aus Bürgern in heimatlose Individuen verwandeln wird?

Wie Herfried Münkler in seinem Buch über „die Deutschen und ihre Mythen“ zeigt, hat Thomas Mann nach dem II Weltkrieg seine frühere Stellungnahme zum Politischen wesentlich geändert. In seiner berühmten Rede vom Mai 1945 „Deutschland und die Deutschen“ lobt Mann die Gelassenheit der „zur Politik berufenen und geborenen Völker, die – so schreibt er – instinktiv die politische Einheit von Gewissen und Tat, von Geist und Macht wenigstens subjektiv immer zu wahren (...) sie treiben Politik als eine Kunst des Lebens und der Macht, bei der es ohne den Einschlag von Lebensnützlich-Bösem und allzu Irdischem nicht abgeht, die aber das Höhere, die Idee, das Menschheitlich-Anständige und Sittliche nie ganz aus den Augen lässt: Eben hierin empfinden sie „politisch“ und werden fertig mit der Welt und mit sich selbst auf diese Weise“. In der Abwendung von der Politik sieht Thomas Mann das Zeichen des ankommenden Bösen.

Also doch die Politik. Also doch die Demokratie. Denn nur so, als die in unseren *demos* beheimateten Bürger können wir gut „mit der Welt und mit uns selbst“ fertig werden.

Gehalten am 15. Juli 2013

MAREK A. CICHOCKI, *Philosoph und Politologe, Forschungsdirektor am Natolin European Centre in Warschau und Chefredakteur der Zeitschrift „New Europe. Natolin Review“.* Promotion im Fachbereich Philosophie, Habilitation im Fachbereich der Geisteswissenschaften. Von 2007 bis 2010 europapolitischer Berater von Präsident Lech Kaczyński. Privatdozent am Institut für Angewandte Sozialwissenschaften der Universität Warschau. Autor zahlreicher Bücher, Essays und wissenschaftlicher Aufsätze.